

Es gilt das gesprochene Wort

Die Republikaner im Kreistag Würzburg Haushaltsrede von Kreisrat Berthold Seifert 10.03.2017

Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich beginne, wie Herr Fiederling von der UWG, mit dem Zeitungsartikel zum Landkreishaushalt, dem zu entnehmen war, dass jetzt die Zeit der Wohltaten im Landkreis Würzburg beginnen würde. In der letzten Kreisausschusssitzung wurde folgendes Zitat von Herrn Landrat Nuss überliefert: „Deutschland befindet sich in einer sehr guten Lage. Davon profitieren wir alle“. In den heutigen Ausführungen vom Landrat war sogar eine „sehr, sehr gute Lage“ zu hören.

Es stellt sich nun die Frage, ob sich diese Aussage nur auf die Anwesenden, die Landkreisbürger, oder die „Menschen in Deutschland“ bezieht.

Für viele deutsche Bürger trifft diese Aussage auf jeden Fall nicht zu:

Laut dem aktuellen Armutsbericht der Sozialverbände lagen 2015 in Deutschland 12,9 Millionen Menschen unter der Grenze der Armutsgefährdung. Zwei Millionen Kinder und Jugendliche leben demnach von Hartz IV.

Sieben Millionen Frauen werden in den nächsten Jahren mit Renten unter Mindestsicherungsniveau abgespeist werden, egal ob eine Arbeiterin ihr Leben lang in Lohn und Brot stand oder eine Mutter vier Kinder zur Welt brachte! Es dürfte auch immer schwerer fallen, in wirtschaftlich schlechteren Zeiten, den Bürgern zu erklären, warum jemand, der arbeitslos wird und sein Leben lang in die deutschen Sozialkassen eingezahlt hat, nach einem Jahr nicht mehr bekommt als ein Migrant aus Afrika oder Arabien.

Wer die rosarote Brille abnimmt, müsste eigentlich längst erkennen, dass schwierige Haushaltsjahre bevorstehen: Bei einem Schuldenstand von fast 51 Millionen €, die noch nicht absehbaren Kosten für die Renovierung der Maintal-Klinik, die Kosten für den Neubau des Nordbads, sowie die weiterhin unklaren Kosten für die grenzenlos-naive Asylpolitik, würde eine Senkung der Kreisumlage in den nächsten Jahren nur zu noch mehr Schulden führen.

Die Republikaner lehnen deshalb eine Senkung der Kreisumlage ab.

Auch ein weiterer Blick über den Landkreistellerrand stimmt nicht optimistisch. Sind wie Herr Fiederling von der UWG ausführte, wirklich keine schlechten Zeiten zu erwarten?

Es gibt gestiegene Haftungssummen Deutschlands, etwa die Griechenlandpakete, die Euro-Rettungsschirme oder die EZB-Anleihekäufe, für die die Bundesbank und damit wir alle haften. Es fehlen ausreichende Sicherheiten für die Target-2-

Überziehungskredite von über 715 Milliarden Euro, so dass ein erhebliches Ausfallrisiko besteht, welches letztlich die Deutschen treffen wird. Ein solcher Krisenfall kann täglich eintreten. Es drohen steigende Zinsen und damit Mehrausgaben für Bund, Länder und Kommunen. Ein Anstieg der Zinsen würde schnell auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen.

Weiter drohen die zusätzlichen finanziellen Belastungen im Zuge der Asyl-Migrationspolitik: Mehrkosten von jährlich 50 Milliarden Euro erwartet beispielsweise das Kieler Institut für Weltwirtschaft.

Zurück zum Kreishaushalt: Im Jugendhilfehaushalt werden die erheblichen Mehrausgaben für die Unterbringung von 71 jungen Ausländern in Höhe von rund 800.000,- € verursacht. Dies bedeutet Monatskosten von 4.500,- € pro Jugendlichen. Auch die Bezirksumlage musste aufgrund der Kosten für die Betreuung von jungen sog. Flüchtlingen angehoben werden. Gleichzeitig lebt jedes fünfte Kind in Deutschland von Hartz IV. Insgesamt mehr als zwei Millionen Kinder, deren Familien auf niedrigstem Niveau zurecht kommen müssen. Verbände und Experten weisen mit exakten Berechnungen seit Jahren darauf hin, dass eine Familie mit zwei Kindern bei einem Durchschnittsverdienst trotz Kindergeld unter dem steuerrechtlichen Existenzminimum liegt und bei drei Kindern an die Hartz IV-Schwelle rückt. Von den Paaren, die ein Kind wollten und es dennoch noch nicht bekamen, entscheiden sich 90 % aus finanziellen Gründen dagegen. Jedes Jahr gibt es in Deutschland 100.000 Abtreibungen – etwa 300 pro Tag. Wenn wir nur einen Teil der Kosten für junge Flüchtlinge und Asylbewerber als Familienförderung ausgeben würden, sähe die Geburtenrate in Deutschland anders aus.

Die Flüchtlinge und Vertriebenen von 1945 bis 1948 haben nichts mit den heutigen Verhältnissen gemein.

Ich darf daran erinnern, dass der bayrische Ministerpräsident im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik von Frau Merkel von einer „Herrschaft des Unrechts“, von einem „massenhaften Asylmissbrauch“ sprach und mit einer Verfassungsklage drohte. Dass er nebenbei die Kosten der Flüchtlingsprobleme allein in Bayern mit neun Milliarden Euro veranschlagte, fand hingegen kein Medienecho.

Bei der heutigen Flüchtlingspolitik herrscht keine Verantwortungsethik, die auch die eigenen Interessen im Auge hat, sondern ein Helfersyndrom, moralische Überheblichkeit und Scheinheiligkeit und ein nach den Medien schielender Opportunismus. Peter Scholl-Latour hat sich zu diesem Thema wie folgt geäußert: „Die Bereitschaft halb Kalkutta aufzunehmen, werde nicht Kalkutta retten, sondern Europa in Kalkutta verwandeln“.

Offenbar gehen die meisten Flüchtlinge davon aus, dass es ein unverhandelbares Grundrecht ist, nach Deutschland zu kommen und sich hier niederlassen zu dürfen. Bei Schleuserkosten (Reisekosten) von durchschnittlich 7.000,- € pro Person, kommen sowieso nicht die Ärmsten.

Die Folge ist ein demographischer und kultureller Umbau unserer Gesellschaft, der durch nichts demokratisch legitimiert ist.

Noch vor kurzem erweckten die Spitzen von Wirtschaft und Politik den Anschein in jedem Syrer oder Migranten einen Gewinn für den Arbeitsmarkt zu sehen.

Hierzu die Arbeitsministerin Nahles: „Die Flüchtlinge sind kaum oder gar nicht qualifiziert, die Arbeitslosigkeit werde wegen des verbreiteten Analphabetismus weiter steigen“.

Wir brauchen diese Menschen für den hiesigen Arbeitsmarkt nicht.

Auch die Arbeit dürfte sich deutlich verbilligen, da sie immer mehr statt durch Menschen mittels Maschinen und Computer verrichtet werden kann. Burkhard Schwenker, Aufsichtsratschef von Roland Berger erklärte im Oktober letzten Jahres gegenüber der Zeit, dass die „Digitalisierung unser demographisches Problem, auf den Arbeitsmärkten schneller lösen wird, als uns lieb ist“.

Die Belastungsgrenze – auch im Landkreis - ist bereits überschritten. Selbst wenn ab sofort kein einziger Flüchtling mehr nach Deutschland kommen würde, gehen

Experten davon aus, dass sich die Zahlen durch den Familiennachzug noch vervielfachen werden. Konservative Schätzungen gehen von bis zu vier Nachzügler pro Asylsuchendem aus. Laut der Staatsministerin Özgül von der SPD sind im letzten Jahr 105.000 Personen, die in keiner Asylstatistik auftauchen durch den sog. Familiennachzug nach Deutschland gekommen.

Bezogen auf unseren Landkreis wäre es deshalb unverantwortlich z.B. in Aub, neben der bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft, im ehemaligen Kreisaltenheim noch weitere Asylbewerber unterzubringen. Es wird sicherlich von vielen Bürgern nicht als gerecht empfunden, wenn z. B. in Höchberg auf Kosten der Steuerzahler Wohnungen gebaut werden, die von vornherein zu 70% für Flüchtlinge reserviert werden. Ein Schlag ins Gesicht von einheimischen Bürgern und der „Menschen“, die selbst verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen.

Mit solchen Maßnahmen werden die Fluchtursachen sicherlich nicht bekämpft. Wer Afrikaner und Araber davon abhalten will, sich nach Deutschland aufzumachen, müsste zu allererst den größten Flüchtlingsmagnet – die hiesigen Sozialleistungen – auf das Niveau in Europa anpassen bzw. senken und in Sachleistungen umwandeln. Deswegen werden wir Republikaner auch keinen Antrag unterstützen, der unseren Landkreis für Asylbewerber und Wirtschaftsflüchtlinge noch attraktiver macht. Mit den vorliegenden Anträgen von CSU und SPD zu weiteren kommunalen Leistungen für die Asylpolitik, wird unser Landkreis für sog. Flüchtlinge nur noch attraktiver.

Zitat Landesfinanzminister Markus Söder: „Wir verschwenden das hart erarbeitete Vermögen unseres Volkes, weil wir uns nicht getraut haben, eine Obergrenze zu beschließen“.

Anstatt das Landratspersonal mit der Wohnungssuche zu beschäftigen, sollte die Verwaltung die Personen herausuchen, die über Griechenland nach Bayern eingereist sind. Durch die Europäische Kommission wurde Ende letzten Jahres die Dublin-Regeln wieder aufgenommen, so dass ab dem 15.03.2017 Zuwanderer, die über Griechenland einreisten, wieder zurückgeschickt werden können.

Unabhängig davon, wird von Experten immer wieder davor gewarnt, die Asylbewerber pauschal als Einwanderer zu sehen und zu verplanen. Vor allem viele Flüchtlinge aus Syrien, so ist aus den Erstaufnahmeeinrichtungen zu hören, suchten zuallererst Schutz und planten in ihre Heimat zurückzukehren, sobald der Bürgerkrieg zu Ende geht. Diese Rückkehrbereitschaft gelte es – auch im Interesse des zerstörten Landes – durch die Landkreisverwaltung zu erhalten.

Die Republikaner sehen die Belastungsgrenze im Landkreis längst überschritten und fordern Landrat Nuss daher auf, an Asylbewerber nur noch Sachleistungen zu verteilen und keine weiteren sog. Flüchtlinge mehr aufnehmen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an eine Forderung vom Starkbieranstich-Redner, CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer, der im letzten Jahr „massive Leistungseinschränkungen bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen“ forderte. Schon jetzt leben in Deutschland über 200.000 „vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer“. Auch unser Landkreis sollte seinen Beitrag dazu leisten, diese Zahl deutlich zu reduzieren.

Abschließend fordern wir, dass sich die Landkreisverwaltung zeitnah mit dem Gesetzentwurf zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht beschäftigt und nach deren hoffentlich baldigen Einführung die neue sog. „Rückkehrpolitik“ der Bundesregierung tatkräftig umsetzt.

Wegen der – aus unserer Sicht - grundsätzlich, falschen Ausrichtung, werden wir Republikaner auch in diesem Jahr den Haushalt ablehnen. Außerdem noch zu Herr Kuhl von der FDP mit seiner Forderung nach mehr „Transparenz“. Bereits im September 2011 haben die Republikaner einen Antrag auf „Einführung der Übertragung bzw. Aufzeichnung der Kreistagssitzungen im Internet zur Möglichkeit der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit“ gestellt. Dies hätte dazu geführt, dass die Main-Post die Monopolstellung bei der Berichterstattung verloren und die Landkreisbürger sich direkt hätten informieren können. Damals hat die FDP den Antrag nicht zugestimmt!